

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einführung	1
<i>I. Nudging – eine rechtspolitische Entwicklung</i>	1
<i>II. Fragestellung und Eingrenzung</i>	6
<i>III. Gang der Untersuchung</i>	13
Erster Teil: Grundlagen des Konzeptes und Einordnung des Nudgings als Steuerungsinstrument des Rechts	17
<i>I. Verhaltensökonomische Grundannahmen über die Steuerung menschlichen Entscheidungsverhaltens</i>	22
1. Theorie der rationalen Wahl und das Modell des <i>homo oeconomicus</i>	22
a) Entscheidungssituationen: Restriktionen und Präferenzen	24
b) Rationalität, Präferenzstabilität und Eigennutz	25
2. Kritik des <i>homo oeconomicus</i> : der begrenzt rationale Mensch	26
a) Coase-Theorem und Prospect Theory: von der ökonomischen zur verhaltensökonomischen Analyse des Rechts	27
b) Systemische Devianzen: beschränkte Rationalität, beschränktes Eigeninteresse und beschränkte Willensstärke	31
aa) Begrenzte Rationalität im engeren Sinne	32
(1) Urteilsfehler	32
(2) Entscheidungsfehler	35
bb) Begrenzte Willensstärke	36
cc) Begrenztes Selbstinteresse	38
<i>II. Verhaltenssteuerung durch Nudging</i>	39
1. Nudges nach Sunstein und Thaler	39
2. Eingrenzung der Definition	44
3. Zusammenfassung	48

<i>III. Verhaltenssteuerung durch Nudging: Die verschiedenen Maßnahmen und rechtliche Beispiele</i>	49
1. Einordnung nach Nudge-Typen	50
a) Defaulteinstellungen und Opt-Out-Optionen (Beispiel Organspende)...	50
b) Framing und Präsentation von Informationen	53
aa) Schockwerbung auf Zigarettenpackungen	54
bb) Euphemistische Gesetzesnamen	56
c) Salienz und Vereinfachung von Informationen	57
aa) Hygiene-Smiley	59
bb) Lebensmittelampel	60
d) Soziale Normen	61
aa) Anti-Rauch-Kampagnen	62
bb) Mülltrennung und Energiereports	64
e) Selbstbindungsregeln	65
2. Weitere Systematisierungsansätze	67
3. Sonderform: Digitales Nudging/Hypernudging	70
<i>IV. Nudges als Instrument der Verhaltenssteuerung</i>	73
1. Instrument der direkten Verhaltenssteuerung	75
2. Instrument der indirekten Verhaltenssteuerung	76
a) Abgrenzung von finanziellen Anreizen	77
b) Staatliches Informationshandeln	79
aa) Wissensvermittelnde und warnende Funktion	79
bb) Edukatorische Funktion	80
cc) Abgrenzung der Nudges von Formen staatlicher Kommunikation ..	81
(1) Bereitstellung von Informationen	81
(2) Aufbereitung von Informationen	82
(3) Edukatorisches Staatshandeln	84
3. Fazit: Klassifikation als Steuerungsinstrument sui generis	85
<i>V. Zusammenfassung</i>	87
Zweiter Teil: Der selbstbestimmte Mensch im Verfassungsstaat – Grundrechtlicher Schutz vor staatlicher Willensbeeinflussung	91
<i>I. Der selbstbestimmte Mensch als Grundlage des liberalen Verfassungsstaates in der Aufklärung</i>	92
1. Der Ansatz Immanuel Kants	94
2. Der Ansatz Wilhelm von Humboldts	99
3. Fazit	100
<i>II. Autonomie und Selbstbestimmung als Leitidee des Grundgesetzes</i>	101
1. Die Vorstellung vom selbstbestimmten Menschen des Grundgesetzes: Das Menschenbild des Grundgesetzes	101

2. Einfluss empirischer Erkenntnisse auf das Menschenbild des Grundgesetzes und die Grundrechtsinterpretation	105
a) Willensfreiheit als Verfassungsvoraussetzung	106
b) Einfluss verhaltensökonomischer Erkenntnisse auf das Menschenbild ..	108
3. Der Stellenwert der Selbstbestimmungsfreiheit im Grundgesetz	111
4. Die interdependente Beziehung zwischen Selbstbestimmungsfreiheit und Rechtsstaat	118
a) Recht als Ordnung und Garantie individueller Freiheit	119
b) Individuelle Selbstbestimmungsfreiheit als Voraussetzung der Demokratie	120
<i>III. Grundrechtlicher Schutz des Willens, der Einstellungen und der Identität der menschlichen Persönlichkeit</i>	123
1. Schutzbedürftige Komponenten der inneren Freiheit: vom Willensbildungsprozess bis zur Identität	123
a) Die Menschenwürde als innere Freiheit	125
b) Die Glaubens- und Gewissensfreiheit	127
c) Die Meinungsfreiheit	130
d) Die negative Informationsfreiheit	133
e) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als zentrale Verortung des Schutzes vor willensbeeinflussender Steuerung	134
f) Ein Grundrecht auf innere Einstellungsfreiheit	140
2. Der Schutz der tätigkeitsbezogenen Komponente vor staatlicher Steuerung	140
<i>IV. Zusammenfassung</i>	141

Dritter Teil: Nudges als Beschränkung der Selbstbestimmungsfreiheit

<i>I. Anpassung des Eingriffsbegriffs?</i>	143
<i>II. Grundrechtseingriff durch Nudging</i>	146
1. Grundrechtsrelevante Wirkungen des Nudgings	146
a) Zugriff auf den Willensbildungsprozess	146
b) Aufwandskosten und faktischer Handlungszwang	150
c) Unbefangenheit des Grundrechtsgebrauchs	153
d) Fehlende Authentizität und Entfremdung mit Sich-Selbst	154
2. Kriterien für die Bestimmung der Eingriffsqualität von Nudges	155
a) Besondere Intensität der Beeinträchtigung	155
aa) Bagatel- und Erheblichkeitsschwellen	156
bb) Psychisch vermittelter Druck auf die Willensfreiheit	158
b) Maßgeblichkeit des Adressaten	159
c) Wahrnehmbarkeit der Verhaltensbeeinflussung	161
d) Psychische Distanzierung	163
e) Finalität	164

f) Zwischenfazit: Nudges als Grundrechtseingriff	165
3. Freiheitsförderndes Nudging?	166
a) Freiwillige Selbstbindungsregeln	166
b) Informatives Nudging	168
aa) Dogmatik des Bundesverfassungsgerichts	169
bb) Übertragbarkeit auf Nudges	170
(1) Der mündige Bürger als Adressat staatlichen Informationshandelns	171
(2) Schaffung von Transparenz durch Salienz	172
(3) Manipulative Strategien und einseitige Beeinflussung	172
(4) Mischformen der emotionalen Kommunikation	173
<i>III. Zusammenfassung</i>	175
Vierter Teil: Verfassungsrechtliche Legitimation des Nudging.....	177
<i>I. Legitimation von Nudging durch den libertären Paternalismus – freiheitsfördernder Paternalismus?</i>	178
1. Der Begriff des Paternalismus	178
2. Libertärer Paternalismus	180
3. Ein erweitertes Begriffsverständnis des Paternalismus	182
4. Der Schutz des Menschen vor sich selbst	183
a) Selbstschutz als Frage des legitimen Zwecks	184
b) Fehlende Kompetenz zur selbstbestimmten Entscheidung	186
aa) Einschränkungen bei Kindern und Jugendlichen	186
bb) Einschränkungen bei situationsbezogener Unfähigkeit zur eigenen Entscheidung	187
c) Grundsätzliche Unzulässigkeit eines harten Paternalismus	188
5. Libertärer Paternalismus als Förderung von Selbstbestimmungsfreiheit ...	191
a) Die Gefahr von Sein-Sollen-Fehlschlüssen	193
b) Optimierungsgebot defizitärer Entscheidungen	193
aa) Unvernunft und kurzfristige Entschlüsse	195
bb) Autonomie und Rationalität: Divergenz von Verfassungsrecht und Verhaltensökonomie	199
cc) Unterschiede zu Aufklärung und Information: Stärkung von Entscheidungskompetenz	201
dd) Umsetzungsschwierigkeiten der Präferenzautonomie	201
c) Der eudämonistische Hintergrund des libertären Paternalismus	204
d) Freiwillige Selbstbindungsregeln als Ausnahme	208
e) Zwischenfazit	209
6. Libertärer Paternalismus und Nudging als eigenständiges Konzept	211
<i>II. Geeignetheit und Erforderlichkeit</i>	214
1. Geeignetheit	215

a) Widersprüchliche Datenlage und langfristige Folgewirkungen	215
b) Gesamtstaatliche Folgewirkungen	216
c) Nudges als Formen staatlicher Kommunikation	218
2. Erforderlichkeit: Das Prinzip der schonendsten Maßnahme	220
a) Vergleich mit anderen staatlichen Handlungsinstrumenten:	
das mildere Mittel	221
aa) Staatliche Ge- und Verbote	221
bb) Staatliches Informationshandeln	223
b) Effizienz anderer staatlicher Handlungsinstrumente	224
aa) Staatliche Informationen	224
bb) Sozialpsychologische Folgewirkungen	224
c) Entscheidungsverpflichtungen als Mittelweg	226
d) Differenzierung innerhalb des Konzepts	227
e) Zwischenfazit	227
<i>III. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne</i>	<i>228</i>
1. Abstrakte Bewertungsmaßstäbe für die Ermittlung der Angemessenheit	229
a) Differenzierung zwischen der entfaltenden Darstellung nach außen und der inneren Entfaltungsfreiheit hinsichtlich der Belastungsintensität	229
b) Anwendung der Sphärentheorie	230
aa) Bedeutung der räumlichen Sphären und der Individualbezogenheit des Nudges	230
bb) Bedeutung des Verhaltens für die Persönlichkeitsentfaltung	232
c) Kumulative Belastungssituationen	234
aa) Systemschau der Freiheitsbeeinträchtigung	234
bb) Bündelung von Eingriffen	235
(1) Voraussetzungen von Belastungskumulationen	237
(2) Anwendbarkeit beim Nudging	238
d) Wahrnehmbarkeit und suggestive Wirkkraft des Beeinflussungsversuchs	240
2. Schlussfolgerung für die Bewertung von Nudges	241
3. Minimierung der Belastungsintensität durch Erhöhung der Transparenz	241
<i>IV. Zusammenfassung</i>	<i>245</i>

Fünfter Teil: Der demokratische Rechtsstaat als

Voraussetzung für Selbstbestimmungsfreiheit – Nudging und

verfassungsrechtliche Bindungen 247

I. Nudges und Transparenzgehalte der Verfassung 248

1. Darschaubarkeit und Voraussehbarkeit staatlichen Handelns 249

2. Transparenz als Voraussetzung für einen effektiven Rechtsschutz 251

3. Verfahrensrechtliche Möglichkeiten zur Gewährleistung eines
effektiven Rechtsschutzes 255

<i>II. Das Gebot eines offenen und transparenten Prozesses der öffentlichen Meinungsbildung</i>	258
1. Der Grundsatz der staatsfreien Willensbildung	259
2. Gefährdungspotentiale durch verdeckte Verhaltensbeeinflussung	261
a) Gezielte Verhaltensbeeinflussung	261
b) Digitales Nudging	262
c) Fazit	266
<i>III. Gesetzesvorbehalt</i>	266
<i>IV. Zusammenfassung</i>	268
Sechster Teil: Nudges im Lichte der Selbstbestimmungsfreiheit des Grundgesetzes – Eine abschließende Bewertung	271
Zusammenfassende Thesen der Arbeit	275
Literaturverzeichnis	283
Sach- und Namensverzeichnis	305